

XXIII. GP.-NR

882 /A(E)

10. Juli 2008

## Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petra Bayr, Mag<sup>a</sup> Elisabeth Grossmann

Genossinnen und Genossen

### betreffend dringend notwendige Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene gegen steigende Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise

Neben dem Ausgang des Referendums in Irland wurden beim EU-Gipfel am 19. und 20. Juni in Brüssel auch die stark gestiegenen Lebensmittelpreise thematisiert. In den Schlussfolgerungen des Rates wurde unter anderem die Beobachtung der Lebensmittel- und Erdölpreise in Europa und der Welt beschlossen.

Wie auch in einer Entschließung des Europäischen Parlaments [P6\_TA(2008)0229] vom 22. Mai angeführt, sind nach Jahren stabiler oder fallender Grundstoffpreise die Weltmarktpreise für Weizen in den 36 Monaten bis Februar 2008 um 181 Prozent und die Preise für Reis seit Januar 2008 um 141 Prozent gestiegen. Insgesamt haben sich die Lebensmittelpreise weltweit um 83 % erhöht. Der Preisindex für Nahrungsmittel, den die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) errechnet, erhöhte sich im Jahr 2007 um fast 40 Prozent, verglichen mit 9 Prozent 2006. In der ersten Hälfte des Jahres 2008 sind die Preise weiterhin drastisch gestiegen.

Besonders betroffen von den Preissteigerungen sind einkommensschwache Haushalte, wobei nach Aussagen der FAO 60-80 Prozent der Verbraucherausgaben in Entwicklungsländern auf Lebensmittel entfallen (Industriestaaten: 10-20 Prozent). Daher stellt der Preisanstieg auch eine besondere Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit und die Umsetzung der Millennium Development Goals dar. ExpertInnen gehen von 862 Millionen hungernden Menschen aus. Die Zahl stieg in der jüngeren Vergangenheit auch ohne Preissteigerungen an, nun drohen nach Berechnungen der Weltbank mehr als 100 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern noch stärker in Armut zu geraten. Bereits im vergangenen Jahr ist laut FAO die Zahl der Hungernden weltweit um rund 50 Millionen gestiegen. Das Ziel der Millennium Development Goals bis 2015 die Anzahl der hungernden Menschen zu halbieren, rückt in weite Ferne. Die Tonne Reis kostete im Juni 2007 noch 480 Dollar, ein Jahr später über 1000 Dollar.

Mehrere Gründe sind für den starken Anstieg der Preise verantwortlich:

- **Energiepreise:** Die Erdölpreise steigen ungebremst, ExpertInnen rechnen damit, dass sich die Preise mittelfristig auf 200 USD pro Barrel stabilisieren werden. Hohe Energiepreise sind auch ein Faktor für den Anstieg der Nahrungsmittelpreise, da sie die landwirtschaftliche Produktion (Dünger, Transport) verteuern. Langfristig können die ärmeren Bevölkerungsschichten nur dadurch vor untragbaren Preissteigerungen im Energiebereich bewahrt werden, indem wir die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen überwinden und mit einem dezentral organisierten Energiemix die Versorgungssicherheit erhöhen und die Preise für Energie senken.

- **Größere Nachfrage in sich rasch entwickelnden Ländern wie China und Indien:**

Rasches Wirtschaftswachstum hat in diesen Ländern die Kaufkraft der KonsumentInnen gestärkt und die Nachfrage nach Lebensmitteln erhöht und zu höherwertigen Lebensmitteln wie Fleisch oder Milchprodukten verlagert. Hierzu hat das Europäische Parlament jedoch festgehalten, dass weltweit nicht von einem Mangel an Lebensmitteln gesprochen werden kann und die Getreide und Reisernten 2007 sehr gut waren. Des Weiteren dürften 1,01 Milliarden Tonnen der Ernte des Jahres 2007 für Ernährungszwecke verwendet worden sein, während 760 Millionen Tonnen als Futtermittel und rund 100 Millionen Tonnen für die Erzeugung von Agrarkraftstoffen Verwendung fanden. Nach aktuellen Schätzungen wird die weltweite Getreideproduktion 2008 um 2,6 % auf einen Rekordwert von 2,164 Mrd. Tonnen steigen.

- **Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen:** Es ist davon auszugehen, dass die Nahrungsmittelkrise auch Folge zunehmender Spekulation mit Nahrungsmittelrohstoffen einschließlich Rohstoff-Hedgefonds ist. Die Zahl der gehandelten Kontrakte hierzu ist an den Terminbörsen in der letzten Zeit massiv gestiegen; seit 2005 haben sich die kurzfristigen Spekulationen verdreifacht. Auch das WIFO stellte in einer Studie fest, dass das langfristige Überschießen von Aktienkursen, Wechselkursen und Rohstoffpreisen (insbesondere Rohöl) in hohem Maße Folge kurzfristiger Spekulationen ist. Als geeignet scheinende Maßnahme liegt hierzu von Seiten der österreichischen Bundesregierung bereits ein Vorschlag für eine europaweit wirksame Spekulationssteuer vor.

- **Preispolitik der Einzelhandelsketten und Lebensmittelkonzerne:** Da die Rohstoffkosten bei vielen Lebensmittelerzeugnissen einen relativ geringen Bestandteil des Gesamtpreises

ausmachen, gilt es die Diskrepanzen zwischen den Ab-Hof-Preisen und den von den großen Einzelhandelsketten verlangten Preisen näher zu untersuchen.

Acht global tätige Lebensmittelkonzerne kontrollieren über 80 Prozent des Weltnahrungsmittelhandels und arbeiten alleine nach dem Prinzip der Gewinnmaximierung. Liberalisierungen und Privatisierungen im Agrarbereich haben die Zahl derer, die keinen Zugang zu sauberem Wasser und Nahrung haben, noch weiter erhöht.

#### **- Politik von Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und**

**Welthandelsorganisation:** Wie das Europäische Parlament feststellt, haben diese Organisationen in den letzten Jahrzehnten eine Liberalisierung des Handels in den Entwicklungsländern durchgesetzt, um ein „dominantes Modell einer großmaßstäblichen, exportorientierten Landwirtschaft auf Kosten einer nachhaltigen lokalen Lebensmittelproduktion und lokaler Lebensmittelmärkte zu etablieren.“ Diese vom Währungsfonds verfolgte Agrarpolitik, die sich rein an Exporten orientiert und somit die Ernährung der eigenen Bevölkerung vernachlässigt, ist offensichtlich gescheitert.

Nahrungsmittelimporte von subventioniert hergestellten Produkten aus dem Norden tragen dazu bei, die Lebensmittelmärkte im Süden zu ruinieren, da die Konkurrenz zu den stark subventionierten Nahrungsmittel übermächtig ist.

**- Agrokraftstoffe:** Ebenfalls für den Preisanstieg bei Nahrungsmitteln verantwortlich gemacht wird die Umstellung auf Agrokraftstoffe. Ein vertraulicher Bericht der Weltbank geht davon aus, dass die Produktion von agrarischen Treibstoffen die Preise für Lebensmittel deutlich mehr verteuert, als bisher angenommen. Demnach hat die Herstellung von Treibstoff aus Pflanzen Nahrungsmittel weltweit um bis zu 75 Prozent verteuert. Während innerhalb der EU jedoch nur 2-3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche für diese Art der Erzeugung genutzt werden, scheint sich vor allem die verstärkte Produktion für Kraftstoffe in den USA und anderen Ländern negativ auf die Preise und die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln auszuwirken. Ungefähr 30 Prozent der amerikanischen Maisernte wird laut dem International Food Policy Research Institute im Jahr 2008 in Ethanol umgewandelt werden, was wohl abermals zu Preissteigerungen und Versorgungsengpässen in Mexiko führen wird. Weltweit wandern etwa fünf Prozent des Getreides in den Tank. Damit ist offensichtlich, dass die bisherige Herstellung agrarischer Treibstoffe weder sozial noch ökologisch nachhaltig ist und auch menschenrechtlichen Kriterien massiv widerspricht. Die Gier nach agrarischen Treibstoffen hat dazu geführt, dass sich die Lebensmittelpreise an den Kursen des Erdöls orientieren, Nahrungsmittel für unreflektierte Mobilität verbrannt werden, Wasserreserven erschöpft sind, Bodenpreise in die Höhe steigen, Subsistenzbauern

von ihrem Land vertrieben werden und Urwälder für den Bedarf an neuen Ackerflächen abgeholzt werden.

Hier muss der Produktion von Nahrungsmitteln Priorität vor Erzeugung von Agrokraftstoffen eingeräumt werden und die Verwendung und Erzeugung von agrarischer Energie der zweiten Generation, für die landwirtschaftliche Abfallstoffe und keine landwirtschaftlichen Primärerzeugnisse verarbeitet werden, stärker gefördert werden. Auf EU-Ebene wurde bereits ein Verzicht auf den Ausbau der Nutzung von Biokraftstoff angedeutet. Im Verkehrsbereich soll es zu einer stärkeren Nutzung von Wasserstoff- und Elektroautos kommen.

Von Seiten der Europäischen Union wurden bereits erste Maßnahmen gegen den Preisanstieg gesetzt bzw. liegen derzeit weitere Vorschläge vor. Durch den Beschluss der Landwirtschaftsminister der Europäischen Union wurden Flächenstilllegungsverpflichtungen für 2008 ausgesetzt, was zur Erhöhung des Angebots führen wird. Das Abrücken von der EU-Vorgabe den Anteil von Agrokraftstoffen am Gesamtverbrauch bis 2020 auf 10 Prozent zu erhöhen, wird derzeit diskutiert.

Auch aus österreichischer Perspektive scheint ein weitergehendes Einschreiten der Europäischen Union notwendig, um vor allem Personen mit geringerem Einkommen zu entlasten. Einer Umfrage zufolge ist bisher die Mehrheit der ÖsterreicherInnen (91 Prozent) mit dem Engagement der EU gegen die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise weniger oder gar nicht zufrieden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat möge beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln und sich für dessen Umsetzung innerhalb der Europäischen Union einzusetzen. Dieser Maßnahmenkatalog hat dabei auf jeden Fall folgende Punkte zu beinhalten:

#### **Spekulationen**

- Einführung einer europaweiten Spekulationssteuer auf alle kurzfristigen Spekulationen

- Überprüfung von weitergehenden Maßnahmen vor allem gegen preistreibende Nahrungsmittelspekulationen

### **Agrokraftstoffe**

- Aussetzung des Beimischungsziels von 20 Prozent in Österreich und ebenso des 10-Prozent-Zieles in der EU
- Keine Produktion agrarischer Treibstoffe aus pflanzlichen Rohstoffen nach den Herstellungs-Methoden der 1. Generation
- Mehr Investitionen in die Forschung agrarischer Treibstoffe der 2. und 3. Generation
- Schaffung eines global verbindlichen Nachhaltigkeits-Zertifikates für agrarische Treibstoffe

### **Energiepolitik**

- Rascher Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien
- Spürbare Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz auf allen Ebenen und dementsprechende Förderungen vor allem in den Sektoren Haushalt, Verkehr und Industrie
- Forcierung der Forschung zu alternativen Antriebstechnologien
- Umsetzung der EU-Wegekostenrichtlinie zur Internalisierung externer Kosten
- Konsequentes Energie-Preismonitoring
- Atomkraft ist keine nachhaltige Alternative

### **Entwicklungszusammenarbeit**

- Aufstockung der Katastrophenhilfe, um die ärgsten Folgen der Nahrungsmittelkrise kurzfristig zu verhindern
- Sensibel abgestimmter Übergang von der Katastrophenhilfe zu einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit, der möglichst rasch erfolgen muss
- Entwicklungspolitik muss darauf abzielen, dass kleinbäuerliche Strukturen für die Nahrungsmittelproduktion für die Menschen im eigenen Land gefördert werden
- Verstärkte Investitionen in die Subsistenzlandwirtschaft, dementsprechend sind auch die Programme von Weltbank und Währungsfonds zu adaptieren
- Das Drängen auf Liberalisierungen in der Daseinsvorsorge ist politisch zu stoppen
- Förderung des ländlichen Raumes durch Bewässerungsanlagen, Transportwege und moderne Landwirtschaft
- Abschaffung der Agrarexportsubventionen

- Land- und Bodenreformen zugunsten der kleinbäuerlichen Produzentinnen und Produzenten
- Die Mittel für den neu einzurichtenden Klimafonds, aus dem Anpassungskosten des Klimawandels in den Ländern des Südens gefördert werden sollen, darf nicht aus dem Europäischen Entwicklungsfonds gezahlt werden

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wirtschaftsausschuss vorgeschlagen.

*Handwritten signatures:*  
Pedro Baw  
Blini Or  
Jalunth  
Ludwig  
Ar hupp  
Jarkus  
[Signature]